

POLITIKUM

Heft 2 | 2015

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

DEUTSCHLAND MACHT EUROPA?

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



Roland Sturm Deutschland auf dem Weg zum ungeliebten Hegemon?

Steffen Lehndorff Das „Modell Deutschland“ in Europa: Teil der Lösung oder Teil des Problems? **Pro/Contra** Deutsche Außenpolitik – der neue Verantwortungsdiskurs **Interviews** Jürgen Stark, Hans-Jürgen Urban



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

POLITIKUM

IN EIGENER SACHE

Liebe Abonentinnen und Abonnenten,
liebe Leserinnen und Leser,

heute liegt eine Zeitschrift neuen Typs vor Ihnen: das Journal **POLITIKUM**. Über politische Vorgänge informieren zahlreiche Medien, neben Radiostationen und Fernsehsendern, Tages- und Wochenzeitungen auch viele Blogs und News-Feeds. All dies reicht aber nicht aus, um sich bei politischen Themen zurechtzufinden und zu orientieren. Forschungsergebnisse aus den Sozialwissenschaften, die für eine unabhängige Urteilsbildung zu politischen Problemen, Strukturen und Prozessen so wichtig wären, bleiben einer interessierten Öffentlichkeit oftmals verborgen.

POLITIKUM hat sich zum Ziel gesetzt, den Leserinnen und Lesern auf wissenschaftlicher Basis einen vertiefenden Zugang zu politischen Kernfragen zu bieten. Das Journal stellt das, was umstritten ist, auch kontrovers dar. Unabhängig von Verbänden oder Parteien ist **POLITIKUM** ausschließlich dem besseren Argument und der klaren Analyse verpflichtet. Auch die Herausgeberin und die Herausgeber, die an fünf deutschen Universitäten forschen und lehren, stehen für unterschiedliche wissenschaftliche Zugänge und politische Positionen.

POLITIKUM präsentiert Wissenschaft in einer allgemein verständlichen Form. Renommierte Autorinnen und Autoren bereiten ihre Erkenntnisse in einer Weise auf, die lesbar und ohne umfassende fachwissenschaftliche Spezialkenntnisse nachvollziehbar ist. In diesem Sinne sind die Beiträge fokussiert und nicht langatmig. Damit werden analytische Zugänge zu wichtigen Hintergrundinformationen geschaffen – und dies immer auf der Höhe der Zeit, aber doch jenseits der oft hektischen Tagesaktualität.

POLITIKUM knüpft an die lange Tradition ihrer 1967 gegründeten Vorgängerzeitschrift „politische bildung“ an. Deren Kernanliegen bleiben Herausgeber und Verlag weiterhin verpflichtet. Die Zeitschrift ermöglicht ihren Leserinnen und Lesern eine fundierte politische Urteilsbildung durch die Darstellung unterschiedlicher Standpunkte aus Politik und Wissenschaft zu den zentralen politischen und gesellschaftlichen Kontroversen unserer Zeit.

POLITIKUM steht für pointierte, fundierte und prägnante Analysen, Diskussionen und Kontroversen in frischem Layout. Das Ergebnis halten Sie nun in Händen. Urteilen Sie selbst, wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung und Kritik und natürlich auch darauf, dass Sie **POLITIKUM** weiterempfehlen und abonnieren.



Die Herausgeber und Verleger (v. li. n. re.): Peter Massing, Tessa Debus, Johannes Varwick, Bernward Debus, Stefan Schieren, Kerstin Pohl, Hans-Jürgen Bieling

Tessa Debus

Bernward Debus

Hans-Jürgen Bieling

Kerstin Pohl

Peter Massing

Stefan Schieren

Johannes Varwick

Editorial

Die Frage nach der angemessenen Rolle Deutschlands in Europa beschäftigt Analytiker wie Akteure der Politik seit Jahrhunderten. Nach der verspäteten – und blutigen – deutschen Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert, der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs sowie der kompletten moralischen und politischen Bankrotterklärung des Deutschen Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg schien alleine die erzwungene wie selbst gewählte Einbindung Deutschlands der Weg, auf dem unruhigen Kontinent Frieden und Wohlfahrt zu erreichen. Mit der Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 – von den Alliierten in Europa zunächst skeptisch beäugt – hat sich die deutsche Rolle in Europa sukzessive geändert. Frankreich fürchtete schon damals, dass Deutschland schon bald wieder zu mächtig werden könnte; entsprechend verständigten sich Mitterrand und Kohl darauf, die deutsche Einbettung in Europa durch die Wirtschafts- und Währungsunion weiter zu bekräftigen.

Doch 25 Jahre nach der deutschen Einheit und angesichts der schweren See, in die die EU geraten ist, steht die Frage nach der deutschen Rolle wieder unvermittelt auf der Tagesordnung. Sie weckt ganz unterschiedliche Befürchtungen, Hoffnungen und Erwartungen sowohl in Deutschland selbst als auch in den Nachbarländern, insbesondere in den Gesellschaften Südeuropas. „The German Übermacht“ titelte jüngst das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Manchen gilt Deutschland inzwischen als „Dominator“ und „Zuchtmeister“. Dies weist zumindest darauf hin, dass die europäischen Arrangements und Machtbeziehungen noch immer sehr fragil sind.

Haben wir also, die Warnung von Thomas Mann aufgreifend, inzwischen ein „deutsches Europa“ und kein „europäisches Deutschland“? Welche Rolle spielt Deutschland tatsächlich in der europäischen Politik? Ist es auf dem Weg zu einem ungeliebten Hegemon, will es sein Wirtschaftsmodell den anderen europäischen Staaten aufzwingen? Ist Deutschland in der Eurokrise zum egoistischen Führungsstaat in der EU geworden? Oder übernimmt es, seinem politischen und ökonomischen Gewicht entsprechend, eine angemessene Führungsrolle?

Die erste Ausgabe von „Politikum“ will diesen Fragen auf den Grund gehen: jenseits von tagespolitischen Stimmungen, in gründlicher, aber doch lesbarer Analyse – und mit kontroversen Standpunkten.

Hans-Jürgen Bieling/Johannes Varwick



Seite 4

Schwerpunkt

Deutsche Hegemonie in Europa?

Die Frage einer vermeintlichen deutschen Vorherrschaft in Europa steht wieder auf der Agenda und belastet die europäische Politik. Doch anders als das Rauschen im Blätterwald und die Aufgeregtheit in den politischen Debatten impliziert, stellt sich das Hegemonieproblem in der wissenschaftlichen Analyse komplexer dar. Auch wenn deutsche Führung notwendiger und anspruchsvoller geworden ist: Nicht die Rolle Deutschlands, sondern die ungeklärte Finalitätsfrage der EU ist die zentrale Herausforderung.



Seite 14

Schwerpunkt

Das „Modell Deutschland“ in Europa

Die Krise um Europa erweist sich als unerwartet zählebig. Vor allem in der Eurozone hält die Wachstumsschwäche an. Der deutsche Ansatz muss kritisch hinterfragt werden. Die Rolle Deutschlands als Vorkämpfer für und Wächter über eine bestimmte Art der Krisenbekämpfung hat die Krise vertieft. Denn so lange die Eurozone den Charakter einer „Konkurrenzunion“ von Staaten hat, die mit- und gegeneinander um internationale Wettbewerbsfähigkeit konkurrieren, werden die Starken stärker und die Schwachen schwächer.

„Ich bin der festen Überzeugung, dass in einem Unternehmen der größte Aktionär auch die größte Verantwortung für das Wohlergehen und die Rettung des Unternehmens trägt.“

Radosław Sikorski,
ehemaliger polnischer Außenminister



Seite 24

Interview

Jürgen Stark

Im Zuge der europäischen Krisenprozesse hat die Europäische Zentralbank ihre Kompetenzen stark ausgedehnt. Die von ihr verfolgte Strategie ist nicht unumstritten und bringt viele Folgeprobleme mit sich.



Seite 40

Pro & Contra

Deutsche Außenpolitik – der neue Verantwortungsdiskurs

Soll Deutschland seine ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘ zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik aufgeben?



Seite 62

Schwerpunkt

Die polnische Sicht auf Deutschland

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind zwar eng, haben aber durchaus noch Verbesserungspotenzial. Die Ukraine-Krise hat beim östlichen Nachbarn neue Sorgen geweckt.

DEUTSCHLAND MACHT EUROPA?

Roland Sturm: Deutschland auf dem Weg zum ungeliebten Hegemon? 4

Steffen Lehndorff: Das „Modell Deutschland“ in Europa: Teil der Lösung oder Teil des Problems? 14

Almut Möller: Zeit für ein Ende der Nabelschau! Die „neue deutsche Frage“ und die innere Verfassung der Europäischen Union 54

Krzysztof Malinowski: Die polnische Sicht auf Deutschland. Kooperationspotenzial trotz unterschiedlicher Interessen 62

Henrik Uterwedde: Deutschland aus französischer Sicht. Modell, Ärgernis, Bedrohung? 68

Interview

Die Transformation der EZB und die Konzeptionen der europäischen Geldpolitik. Interview mit **Jürgen Stark** 24

Gewerkschaftliche Handlungsoptionen in der Krise des europäischen Finanzmarkts. Kapitalismus. Interview mit **Hans-Jürgen Urban** 32

Pro & Contra

Jürgen Wagner: Militarisierte Verantwortungslosigkeit. Von der Kultur der Zurückhaltung zur Kultur der Kriegsfähigkeit 41

Ulf von Krause: Neue Verantwortung unter Einschluss von Militär als einem Instrument der Politik. Ein Replik auf Jürgen Wagner 48

Forum

Gotthard Breit: Denn wir wissen nicht, was wir tun 76

Buchbesprechungen

Bücher zum Thema 84
Das streitbare Buch 89
Bücher für den Politikunterricht 90

Literaturtipps 94

Impressum 96

DEUTSCHLAND AUF DEM WEG ZUM UNGELIEBTEN HEGEMON?

von ROLAND STURM



Angela Merkel als neuer Napoleon

Die Frage einer vermeintlichen deutschen Vorherrschaft in Europa steht wieder auf der Agenda. Doch anders als das Rauschen im Blätterwald impliziert, stellt sich das Hegemonieproblem in der wissenschaftlichen Analyse komplexer dar.

Denn nicht die Rolle Deutschlands, sondern die ungeklärte Finalitätsfrage der EU ist das zentrale Problem.

Seit einigen Jahren kommt man nicht mehr darum herum, über Deutschlands zunehmend hervorgehobene Rolle in der EU zu diskutieren. Zum einen wird das Ausland nicht müde, unter Verweis auf die Geschichte Deutschlands geopolitische Lage als Problemfall zu verstehen. So wird Brendan Simms im Economist im April 2013 zitiert: „it [Germany] sits uneasily at the heart of an EU that was conceived largely to constrain German power but which has served instead to increase it, and whose design flaws have unintentionally deprived many other Europeans of sovereignty.“ Gesucht wird zum Befremden der Deutschen gerne nach der „hidden agenda“ Deutschlands in Europa. Alexander Smoltczyk hat dies im Spiegel vom 2.9.2013 mit dem Entsetzen beim Anblick des Scheinriesen aus „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ verglichen: „Ein Wesen, das umso größer erscheint, je mehr es sich entfernt – weswegen alle Welt Angst hat vor ihm. In

..... *Scheinriese Deutschland?*

Deutschland ist es ähnlich. Aus der Ferne erscheint das Land groß und mächtig, manchem furchteinflößend, aus der Nähe ist es ziemlich harmlos und will nur liebgehabt werden.“

Zum anderen ist da die wissenschaftliche Debatte. Sie hat mit dem Aufsatz Christoph Schönbergers von 2012 neue Anreize für eine Hegemoniedebatte gefunden. Wir Deutschen, so schreibt er, ergingen uns in „Selbstprovinzialisierung“ (Schönberger 2012, 752). Wir leugneten gerne unseren Einfluss in der EU, scheuten die Rhetorik nationalen Interesses und seien mehr als zurückhaltend, wenn es um das Besetzen von EU-Schlüsselpositionen geht. Im Economist war zu lesen: „Germany’s preferred self-image is a bigger

version of Switzerland: economically successful but politically modest“ (Economist 2013, 6). Dies mag erklären, dass das Hegemoniethema in der deutschen Innen- und Europapolitik weder als Ambition noch als Vorwurf eine besondere Rolle spielt – oder liegt es daran, dass ein Hegemon besonders wenige Antennen für seine Außenwirkung hat?

Wenn das Feuilleton rauscht und Begriffe assoziativ und missverständlich bleiben, ist die Wissenschaft oft ratlos gegenüber Bauchgefühlen und Vorurteilen. Vielleicht hilft mehr Klarheit über Motivlagen in der Debatte – und mehr Empirie. Im Folgenden geht es deshalb zunächst um begriffliche Schwierigkeiten und Wertungen. Der zweite Teil ist Schönbergers Grundannahme gewidmet, dass der dem Gemeinwohl zuträglichste Hegemon gestärkter europäischer Institutionen bedarf. Noch besser sei allerdings eine Entwicklung zu einem Staatsgebilde, das keinem Mitgliedsstaat eine hegemoniale Stellung ermöglicht – also die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa. Wie realistisch ist diese Lösung des Hegemonieproblems? Im dritten Teil setze ich mich kritisch mit den in der Literatur entwickelten Indikatoren einer hegemonialen deutschen Rolle auseinander. Am Ende steht die These, dass wir es nicht mit einem Hegemonialproblem in der EU zu tun haben, dessen Wahrnehmung letztendlich Ausfluss einer einseitig intergouvernementalen Sicht der EU ist, sondern immer noch und verstärkt mit dem wohlbekannten, aber immer weniger thematisierten, ungelösten und wohl auch vorerst unlösbaren Finalitätsproblem der Europäischen Union.

Was bedeutet Hegemonie?

Die Konnotation von Deutschland und Hegemonie tritt in der Debatte in zwei Formen auf: ablehnend oder aber geradezu fordernd. Der polnische Außenminister Radek Sikorski gelangte mit dem Satz zu einer gewissen Berühmtheit, er fürchte Deutschlands Macht

weniger als Deutschlands Inaktivität. Timothy Garton Ash konstatierte Ende 2013 im Spiegel-Interview (16.12.): „Die Deutschen wollen die Führungsrolle nicht. [...] Deutschland ist durch die Währungsunion und die Dynamik der Euro-Krise wider Willen in die Führungsrolle geraten.“ Mark Mazower, Historiker an der Columbia-Universität, meint, wer einmal in diese Rolle gewachsen sei, solle politische Führung wahrnehmen. Aber: „Neither the Germans themselves nor anyone else seem very comfortable with this. Yet Berlin's primacy is a reality that cannot be wished away“ (Mazower 2013, 7). Er reiht sich damit in die lange Reihe derjenigen ein, die vor Deutschlands Dominanz warnen, sich aber zugleich über Deutschlands Zurückhaltung bei Militäreinsätzen beklagen (vgl. Stephens 2013, 9).

In diesem Dilemma wird auch die begriffliche Konfusion deutlich. Die wissenschaftliche Literatur, die sich in erster Linie auf Heinrich Triepels Standardwerk

Führung ja, aber keine Vorherrschaft

von 1938 „Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten“ bezieht, kann dies nicht beheben. Wenn „primacy“ (Dominanz) ins Spiel kommt, verliert der Hegemoniebegriff seine Unschuld, nach der er nur den bestimmenden Einfluss eines Staates in einem Beziehungszusammenhang meinen soll, nicht aber die Herrschaft über diesen. Zudem wird per definitionem angenommen, dass eine funktionierende Hegemonie von den anderen akzeptiert wird und auf das Gemeinwohl abzielt: Die Hegemonialmacht „muss auf umstrittenen Feldern nicht nur ihr eigenes Interesse definieren, sondern auch die Interessenlagen ihrer Partnerländer gut kennen und erkunden, um konsensfähige Lösungen zu befördern. Hegemonie gelingt nur als dienender Einfluss auf die föderativen Partner [...]“ (Schönberger 2012, 3 f.)

Im politischen Diskurs lässt sich diese Unterscheidung von gewünschter Führung und abzulehnender Vorherrschaft nicht halten. Sie ist auch deshalb nicht überzeugend, weil beide auf einer identischen Voraussetzung beruhen, nämlich der momentanen ökonomischen Stärke Deutschlands. Es bleibt damit die Aufgabe bzw. Verantwortung der Bundesregierung, die ihr zugewachsene Machtstellung in der einen oder anderen Weise zu ge- bzw. zu missbrauchen. Ob Deutschland sich zu einem „ungeliebten“ (!) Hegemon in der EU entwickelt, liegt deshalb in der eigenen Hand. Allerdings gibt es keine Garantie dafür, dass selbst eine hypothetische interessenlose, wohlmeinende Führung kein Unbehagen bei unseren Partnern hervorruft. Denn auch ihr Urteil kann durchaus national-egoistisch sein. So fordert Hans Kundnani, Editorial Director beim European Council on Foreign Relations in London, Deutschland müsse „seine Politik wirklich am europäischen statt am nationalen Interesse ausrichten“ (Kundnani 2012, 25), und kritisiert: „Deutschland, obwohl so mächtig innerhalb der EU wie nie zuvor, ist weit davon entfernt, ein Hegemon zu sein – und das nicht, weil es ‚zögert‘ zu führen, sondern eher deshalb, weil es nicht willens oder in der Lage ist, die Opfer zu bringen, die für die Rolle eines Hegemons unerlässlich wären.“ (ebd., 24) Hier lässt sich kaum von einer vorurteilsfreien Bestandsaufnahme reden. Aus Sicht des größten Nettozahlers für den EU-Haushalt kann man über den Vorwurf, die Deutschen würden

Deutschland ist nicht willens, Opfer zu bringen

nicht geben, nur staunen – man denke nur an den Britenrabatt beim EU-Haushalt, der in Großbritannien parteiübergreifend zu einer Art „heiligem Gral“ erhoben wurde. Deutschland hat umfangreiche Mittel für Struktur- und Kohäsionsfonds bereitgestellt und damit seine EU-Politik durchaus an europäischen und nicht an nationalen Interessen ausgerichtet.

Nach Schönberger gibt es einen Mechanismus, um Hegemonie überflüssig und damit Dominanz unmöglich zu machen: die weitgehend autonome Bundesgewalt. So sei „etwa in der Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten oder der Schweiz trotz erheblicher Größenunterschiede zwischen den Einzelstaaten und Kantonen das Problem der Hegemonie niemals aufgetreten, weil sich dort auf Bun-

„Der französischen Seite ist es schwergefallen, sich einzugestehen, dass Deutschland die wichtigste europäische Wirtschaftsmacht und damit die wichtigste politische Macht Europas geworden ist.“

Hubert Védrine,
ehemaliger französischer Außenminister

desebene frühzeitig eine solche relativ eigenständige Gewalt herausbilden konnte.“ (Schönberger 2012, 2) Die heutige EU ist als „Staatenverbund“ noch weit von Föderalismus und weitgehend autonomer Bundesgewalt entfernt. Schönberger spricht sich deshalb für eine „bedachtsam gehandhabte“ (ebd.) deutsche Hegemonie als zweitbeste Lösung aus. Dagegen plädiert vor allem Jürgen Habermas seit längerem für mehr statt weniger Europa, für eine echte politische Union. Er sieht wie viele das Hauptproblem der Finanz- und Staatsschuldenkrise schon früh angelegt – nämlich mit dem Vertrag von Maastricht, also der Einführung des Euro ohne föderale Weiterentwicklung der EU. Die gewählte Ersatzformel für die künftige Struktur der EU war das „Subsidiaritätsprinzip“ – in der politischen Praxis, wenn auch nicht im Sinne der Begriffsgeschichte, übersetzt als Stärkung des intergouvernementalen Charakters der EU.

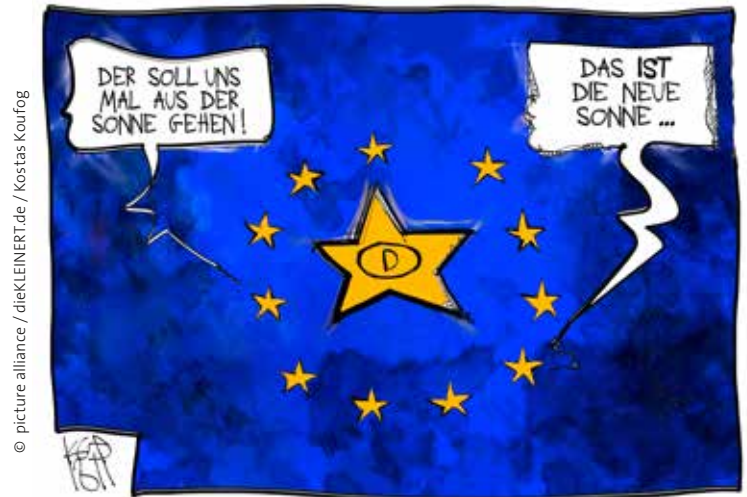
Die Alternative: Vereinigte Staaten von Europa

Die nicht vollendete „politische Union“ sei der entscheidende Konstruktionsfehler, so Habermas. Er traut der deutschen Politik zu, ja erwartet von ihr, dass sie die Vereinigten Staaten von Europa durchsetzt. Auf den Einwand, dass diese Vorstellung Befürchtungen wecken könnte, dass der deutsche Steuerzahler noch mehr als bereits bisher in Haftung und/oder Zahlung für gesamteuropäische Schulden genommen wird, hat Habermas die überraschende Antwort: „Wenn eine politische Lösung vernünftig ist, sollte sie einem demokratischen Wählerpublikum zuzumuten sein.“

Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit

(Habermas 2013, 27) Einmal abgesehen von der Frage, wer denn entscheidet, was „vernünftig“ ist, bleibt die, was faktisch möglich ist. Natürlich teilen wir Europäer den Wunsch nach Überwindung absurder Nationalismen, und es ist für die Mehrheit der Europäer sicher so, dass das geeinte Europa ein Traum ist. Nicht der Wunsch nach einer vertraglich verankerten „immer engeren Union“ ist das Problem. Das Problem ist die Wirklichkeit.

Ein kurzer Blick zurück: 2009 wurde der Lissabon-Vertrag unterzeichnet. Nicht unterzeichnet wurde der Verfassungsvertrag – oder gar eine europäische



© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufoglou

Verfassung. Mit dem Zugeständnis ein Land / ein Kommissar wurde die europäische Idee massiv unterminiert. Aus ihr ergibt sich nämlich, dass die Kommission eben keine intergouvernementale Vertretungskörperschaft ist, sondern eine nicht an Weisungen gebundene Quasi-Regierung der EU.

Schon vor der Krise war der Wunsch nach „mehr Europa“ in schlechter Verfassung, sie hat diesen Befund lediglich akzentuiert. Vertraglich war immer festgelegt, dass Statusänderungen in der EU nur einstimmig erfolgen können. Hier gibt es keine deutsche Sonderrolle, und es ist mehr als widersprüchlich, zum einen die deutsche Hegemonie in Europa zu attackieren und gleichzeitig von den deutschen Eliten zu verlangen, sie müssten ein bestimmtes Europabild „durchsetzen“. Und wo wären überhaupt Partner? Die Debatte um die Vereinigten Staaten von Europa ist eine sehr deutsche Diskussion. Unter den sechs Gründungsstaaten der EU gibt es zwei bis drei gewichtige, die sich immer mehr von ihrer ursprünglichen Bereitschaft zum Souveränitätstransfer abgewandt haben. Die niederländische Regierung hat rote Linien für Kompetenztransfers gezogen, Italiens Europaskepsis ist in der Krise eher gewachsen, und Frankreichs Präsident findet nichts dabei, sich im Namen der nationalen Souveränität über die EU-Kommission zu beschweren, wenn diese ihrer Aufgabe der Kontrolle nationaler Haushalte nachkommt. In vielen Beitrittsländern fehlte die Begeisterung von Anfang an. Der Beitritt zur EU bedeutete für diese Länder die Übernahme des Vertragsstandes der EU, des *acquis communautaire*, nicht aber die Zustimmung, sich von Brüssel aus regieren zu lassen, auch nicht in fernerer Zukunft.

Sicher war die Hoffnung weit verbreitet, dass mit der Zeit die EU-Mitgliedsländer immer stärker wirtschaftlich und in der Folge auch politisch zusammenwachsen, aber für Letzteres gab es immer schon Grenzen. Staaten wie die Tschechische Republik oder Großbritannien können sich nur ein Europa à la carte vorstellen. Eliten und Bevölkerung lehnen die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ohnehin ab. Ein „deutsches Europa“ möchte erst recht (und zu Recht) niemand.

Aber auch in integrationsfreudigeren Mitgliedsstaaten prägte die ökonomische Realität die Interessen, z.B. der Nettozahler und der Nettoempfänger, der Länder mit großzügigen Regeln für den Bankensektor (UK, Luxemburg, Österreich), der Länder mit großem Landwirtschaftssektor (Frankreich, Spanien, Polen) oder je nach Wettbewerbsfähigkeit. Ursprünglich sollte der Euro die EU-Mitgliedsstaaten zusammenbringen – aber heute ist der Graben zwischen den Euro- und den Nicht-Euro-Ländern größer als je zuvor. Mit dem neuen Amt des Eurogruppenvorsitzenden wurde dies quasi offiziell.

..... Gemeinsame Außenpolitik? Fehlanzeige

Für viele Beitrittsländer waren der ökonomische Wohlstand in der EU und der erhoffte wirtschaftliche Aufholprozess besonders attraktiv; umso enttäuschter sind sie über anhaltende regionale Disparitäten, Banken- und Staatsschuldenkrisen. Ein weiterer Souveränitätsverzicht zugunsten ökonomischer Solidarität ist für sie nicht akzeptabel.

Besonders wenig hoffnungsvoll im Hinblick auf die eingeforderte politische Union stimmt die europäische Außenpolitik, die eben weitgehend keine gemeinsame ist. Weder wurde das alte Problem der europäischen Präsenz im UN-Sicherheitsrat gelöst, noch funktioniert Europa in aktuellen Konflikten. Frankreich und Großbritannien intervenieren in Libyen, Deutschland hält demonstrativ Abstand. In der Syrien- und der Ägyptenkrise bleibt Europa vielstimmig. Der gemeinsame diplomatische Dienst hinterlässt ebenso wie die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik kaum Spuren.

Die Wirklichkeit ist also, wie immer, weniger attraktiv als das Wünschenswerte. Um dem Wünschenswerten näherzukommen, muss man sich aber

„Deutschland [ist] eine unverzichtbare Wirtschaft und grundlegend für alles, was Europa tut.“

Catherine Margaret Ashton,
ehem. Hohe Vertreterin der EU für Außen-
und Sicherheitspolitik

gerade mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Hierzu gehört auch, Abschied davon zu nehmen, Europa könne gelingen, wenn die „Eliten“ dies nur wollten. Ein Europa der Solidarität muss alle mitnehmen. Es ist nur so viel Europa möglich, wie die europäischen Völker dies wollen. Der leichte Ausweg aus dem Hegemonieproblem ist deshalb versperrt. Die europäischen Institutionen können sich nicht über die nationalen erheben, zumal gerade in der Krise der intergouvernementale Charakter der EU stärker in den Vordergrund gerückt ist. Es ist geradezu ein Konkurrenzverhältnis von Kommission und Europäischem Rat bei Zukunftsfragen entstanden, das bisher der Europäische Rat zu seinen Gunsten entscheiden konnte.

Es ist Deutschlands wichtige Rolle im Europäischen Rat, die dem Bild vom „ungeliebten Hegemon“ Nahrung liefert. Auf EU-Gipfeln personifiziert sich deutsche Politik in Angela Merkel und Wolfgang Schäuble. Warum aber sollte Deutschland strukturell als Hegemon wahrgenommen werden können? Welche Indikatoren sprechen für und welche gegen eine solche Perzeption?

Ist Hegemonie messbar?

Ein offensichtlicher und in der Regel deshalb auch bevorzugter Anknüpfungspunkt ist die Ökonomie. Kritiker wie der italienische Philosoph Giorgio Agamben (in der FAZ vom 25.5.2013) lehnen es dagegen ab, die ökonomische Basis der EU zu ihrem Hauptmerkmal zu machen, weil so die spirituellen, kulturellen, rechtlichen und politischen Wurzeln Europas ignoriert würden. Vielleicht sollte man sich schlicht auf eine Kombination einigen. Dass Indikatoren für eine deutsche Sonderstellung in der EU nicht im kulturellen Bereich zu suchen sind, ist eine Binsenweisheit. Der Kulturraum Europa ist kein deutscher, war es noch nie und wird es nie sein. Nach ökonomischen, rechtlichen und politischen Konstellationen lohnt es dagegen zu fahnden.

Stichwort Wirtschaft: Griechen gegen Mütter?

Deshalb zunächst zurück zur *Ökonomie*: Deutschland steht für ein Fünftel der europäischen Wirtschaftsleistung und ein Viertel seiner Exporte, die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist gegenwärtig halb so hoch wie



Merkel in Wehrmachtsuniform und mit Pleitegeier auf dem Titelblatt eines griechischen Satire-Magazins

im europäischen Durchschnitt etc. Einige sind nun alarmiert: „Die ‚deutsche Frage‘ ist heute in geoökonomischer statt in geopolitischer Form zurückgekehrt. Die Größe der deutschen Volkswirtschaft und die Interdependenz zwischen ihr und den umliegenden Ökonomien sorgen für Instabilität innerhalb Europas. Diese Entwicklung wird durch die deutsche Wirtschaftspolitik verschärft, die für ein Land dieser Größe heutzutage oft unangemessen erscheint.“ (Kundnani 2012, 24) Lassen wir einmal die nicht unwichtige Frage offen, ob Deutschlands ökonomischer Erfolg auf Dauer garantiert ist. Selbst dann besteht eine Reihe von Handlungsrestriktionen, die dem ökonomischen Hegemon Fesseln anlegen.

Das aus der Sicht des Auslands „reiche Deutschland“ verteilt seinen Reichtum zunehmend ungleicher. Der Lebensstandard der meisten Deutschen stagniert. Im öffentlichen Bereich wurde zu lange von der Substanz gelebt, es fehlen Infrastrukturinvestitionen in zweistelliger Milliardenhöhe. Das Land habe sich „[k]aputtgespart“, titelte der Spiegel am 24. Juni 2013. Die Wahrnehmung der ökonomischen Lage durch die Inländer ist zentral dafür, ob und wie Deutschlands Regierung die von EU-Krisenstaaten geforderten finanziellen Opfer erbringt; bspw. wenn der mittlere deutsche Haushalt (median) ein geringeres Einkommen als der mittlere spanische, italienische oder griechische

hat (Economist 2013, 14). Noch stärkeren Einfluss haben tagespolitische Wahrnehmungen, wenn etwa die Politik Einschnitte am deutschen Wohlfahrtsstaat mit Hilfen an Krisenländern begründet. So erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Ende 2012 in der „Bild am Sonntag“, er sehe zurzeit aufgrund der Hilfsmaßnahmen für Griechenland überhaupt keinen finanziellen Spielraum für zusätzliche Ausgaben, konkret für die Besserstellung von Müttern bei der Rente.

Das „reiche Deutschland“ spart sich kaputt

Der Indikator „Ökonomie“ legt also widersprüchliche Schlussfolgerungen nahe. Er belegt eine strukturelle Tendenz zur deutschen Hegemonialmacht. Die Bundesregierung neigt aber dazu, diese aus innenpolitischen Gründen nur sparsam einzusetzen, nicht zuletzt, um die Reputation der EU bei der eigenen Bevölkerung nicht noch mehr zu ramponieren. Gelegentlich findet sich dafür auch in der internationalen Presse Verständnis. Gideon Rachman kommentierte in der Financial Times vom 26.3.2013 anlässlich der deutschen Zypernhilfe: „The Germanophobia is unfair. Behind the shouting and wrangling, German taxpayers will once again be fun-